

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Literaturverzeichnis	13
A. Architektenwettbewerbe	17
I. Einführung und Bedeutung	17
II. Entwicklung und Rechtsnatur des Architektenwettbewerbs	18
1. Entwicklung der Architekturwettbewerbe bis ins 19. Jahrhundert	18
2. Architekturkonkurrenzen des 19./20. Jahrhunderts	19
3. Rechtsnatur des Architektenwettbewerbs	20
3.1. Zivilrechtliche Wurzeln	20
3.2. Überlagerung durch das Vergaberecht	21
III. Wettbewerbsordnungen	22
1. Entstehung der ersten Wettbewerbsordnungen	22
2. GRW 1995 und RAW 2004	24
2.1. GRW 1995	24
2.2. RAW 2004	26
3. RPW 2008	27
IV. Einbindung in die vergaberechtlichen Vorgaben	28
1. Regelungen in den materiellen Vergabevorschriften	28
1.1. Rechtsquellen	28
1.2. Begriff des (Planungs-)Wettbewerbs	30
2. Pflicht zur Anwendung der vergaberechtlichen Vorschriften	31
2.1. Die Einordnung als öffentlicher Auftraggeber i. S. d. § 98 GWB	31
2.2. Architektenwettbewerbe als öffentlicher Auftrag i. S. d. § 99 GWB	34
2.2.1 Grundsätze	34
2.2.2 Anwendungsbereiche der unterschiedlichen Vergabe- ordnungen	35
2.2.3 Abgrenzung zwischen VOL/A und VOF	35
2.2.3.1 Unterscheidungsmerkmal: Freiberufliche und ge- werbliche Leistungen	36
2.2.3.2 Unterscheidungsmerkmal: Eindeutige und er- schöpfende Beschreibbarkeit der Aufgabe	37
2.2.3.3 Ergebnis	39
2.3. Schwellenwerte	39
3. Verhältnis der Vergabevorschriften zu den Wettbewerbsordnungen	40
B. Rechtliche Vorgaben	43
I. Grundlagen	43

1. Wettbewerbsgrundsätze	43
1.1 Gleichbehandlung	44
1.1.1 Chancengleichheit	44
1.1.2 Bedingungen und Fristen	45
1.1.3 Informationen	46
1.2 Anonymität des Verfahrens	47
1.3 Beteiligung kleinerer Büroorganisationen und Berufsanfänger	48
1.4 Verhältnis zu den Vergabegrundsätzen des § 97 GWB	49
2. Wettbewerbsbeteiligte	49
2.1 Auslober	49
2.2 Teilnehmer	51
2.3 Preisgericht	51
2.3.1 Aufgaben	51
2.3.2 Qualifikation und Zusammensetzung	52
2.3.3 Unabhängigkeit	53
2.4 Wettbewerbsbetreuer/Vorprüfer/Auswahlgremium	53
2.5 Sachverständige	54
2.6 Architekten- und Ingenieurkammern	54
3. Wettbewerbsarten	55
3.1 Wettbewerbsziele	55
3.1.1 Realisierungswettbewerb	56
3.1.2 Ideenwettbewerb	57
3.2 Teilnehmersauswahl	57
3.2.1 Offener Wettbewerb	57
3.2.2 Beschränkter/nicht offener Wettbewerb	58
3.3 Verfahrensablauf	59
3.3.1 Ein- bzw. mehrstufige Verfahren	59
3.3.2 Ein- bzw. zweiphasige Verfahren	61
3.4 Sonderfall: kooperatives Verfahren	61
II. Ablauf des Wettbewerbsverfahrens	62
1. Die Wettbewerbsaufgabe	62
1.1 Bekanntmachung und Auslobung des Wettbewerbs	63
1.2 Anforderungen an die Beschreibung	66
1.3 Verbindliche Vorgaben und Anregungen	66
2. Die Wettbewerbsbeiträge	67
2.1 Anzahl der Wettbewerbsbeiträge eines Teilnehmers	67
2.2 Mehr- und Minderleistungen	68
2.3 Erklärungen der Teilnehmer und Anonymitätsgrundsatz	68
2.4 Form und Frist	70
3. Zulassungsvoraussetzungen für die Teilnahme am Wettbewerb	70
3.1 Berufsbezeichnung	71
3.2 Fachliche Anforderungen in den Wettbewerbsordnungen	71
3.3 Gesetzte Bewerber	72

3.4	„Quote“ für Berufsanfänger und kleine Büros	73
3.5	Auswahlkriterien	73
3.6	Vorgaben für Arbeitsgemeinschaften	75
3.7	Auszuschließende Personen	75
3.8	Das Beschränkungsverbot	76
4.	Die Beurteilungskriterien	77
5.	Rückfragen und Kolloquien	78
6.	Die Vorprüfung	80
7.	Die Preisgerichtssitzung	81
7.1	Zulassung der Wettbewerbsarbeiten	81
7.2	Bewertung anhand der bekannt gemachten Kriterien und Bestimmung der Rangfolge	82
7.3	Verteilung der Preise und Anerkennungen	84
7.4	Zuerkennung von Sonderpreisen?	85
8.	Abschluss des Wettbewerbs	85
8.1	Bekanntmachung des Wettbewerbsergebnisses	85
8.2	Vorabinformation gemäß § 101a GWB	86
8.3	Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten	87
8.4	Umfang der Prüfungspflicht durch die Vergabestelle hinsichtlich der Teilnahmeberechtigung der Preisträger	87
9.	Überleitung in das Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung	89
9.1	Zivilrechtliche Regelung	90
9.2	Überlagernde Wirkung des Vergaberechts	91
9.3	Übertragung von Planungsleistungen	92
9.3.1	Wahlrecht des Auslobers	92
9.3.2	Selbstbindung des Auslobers zur Erteilung des Auftrags an den ersten Preisträger	93
9.3.2.1	Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	93
9.3.2.2	Durchführung der Eignungsprüfung	94
9.3.3	Auswahlentscheidung anhand von Bewertungskriterien	95
9.3.4	Beauftragung der Träger von Anerkennungen zulässig?	95
9.3.5	Beauftragung von Sonderpreisträgern zulässig?	96
9.4	Wichtiger Grund zur Nichtbeauftragung eines Preisträgers	97
9.4.1	Grundsatz	97
9.4.2	Nichtrealisierung der Wettbewerbsaufgabe	97
9.4.3	Gewährleistung der einwandfreien Ausführung der zu übertragenden Leistungen	98
9.4.4	Wirtschaftliche Gründe	99
9.4.5	Verwirklichung durch Dritte	99
9.4.6	Zeitablauf	100
9.5	Möglichkeit der Nachholung der Eignungsprüfung	101
9.6	Umfang der Übertragung weiterer Planungsleistungen	102
9.6.1	Änderung des Wettbewerbsentwurfs	102

9.6.2	Weiterentwicklung der Wettbewerbsergebnisse	104
9.6.3	Anzahl der beauftragten Preisträger	104
9.6.3.1	Zusammenarbeit mehrerer Planer	105
9.6.3.2	Aufteilung der Planungsleistung	106
9.6.3.3	Horizontale Stückelung	106
10.	Dokumentationspflichten	108
10.1	Allgemeine Anforderungen an die Dokumentation	109
10.2	Besonderheiten der Dokumentationspflicht im Architektenwettbewerb	109
10.2.1	Dokumentationspflicht des Preisgerichts	110
10.2.2	Dokumentationspflicht des Auslobers	110
10.3	Anforderungen an die Dokumentation in der aktuellen Rechtsprechung	112
10.3.1	Prüfungsaufwand	112
10.3.2	Zeitpunkt der Dokumentation	112
11.	Nutzungsrechte	113
11.1	Nutzung bei weiterer Beauftragung	113
11.2	Nutzung ohne weitere Beauftragung	114
C.	Rechtsschutz	117
I.	Rechtsschutz gegen die Preisgerichtsentscheidung	117
1.	Primärrechtsschutz: Vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren	117
1.1	Keine Erledigung durch Entscheidung des Preisgerichts	118
1.2	Antragsbefugnis	119
1.2.1	Interesse am Auftrag	119
1.2.2	Verletzung in subjektiven Rechten	119
1.2.3	Darlegung eines (drohenden) Schadens	120
1.3	Rügepräklusion	120
1.4	Rechtsfolge: Beseitigung der Rechtsverletzung	122
2.	Sekundärrechtsschutz: Schadensersatzansprüche vor den ordentlichen Gerichten	124
2.1	Vertrauensschaden gemäß § 126 GWB	124
2.1.1	Anspruchsgegner	124
2.1.2	Verstoß gegen unternehmensschützende Norm	125
2.1.3	Echte Chance	126
2.1.4	Beeinträchtigung der Zuschlagchance durch Rechtsverstoß (Kausalität)	127
2.1.5	Rechtsfolge	127
2.2	Schadensersatzansprüche nach §§ 280 ff. BGB	127
2.3.	Schadensersatz aus unerlaubter Handlung	130
2.4.	Zusammenfassung	131
II.	Schadensersatz bei Aufgabe der Realisierungsabsicht ohne wichtigen Grund	131

III. Exkurs: zivilrechtliche Streitigkeiten über die Auskehrung und Höhe von Preisgeldern	133
Stichwortverzeichnis	135